

# Politische Stimmungsmacher

*Anleger haben es derzeit ohnedies schon schwer genug. Eine neue Regierung sollte die Börse daher eher auf Zehenspitzen betreten.*

Geld ist, so laute eine alte Anlegerweisheit, geil wie ein Bock und scheu wie ein Reh. Geil, weil es ständig auf der Ausschau nach höheren Renditen ist. Und scheu, weil Investoren auf die geringste Störung geradezu hysterisch reagieren und sofort Geld abziehen. Schon die bloße Diskussion über eine Veränderung von Rahmenbedingungen führt zu messbaren Geldflüssen, wobei Geldanlage und Vorsorge gleichermaßen betroffen sind.

Als in Österreich begonnen wurde, über die Abschaffung der Anonymität zu reden, hatten Schweizer Banker praktisch über Nacht viele neue Kunden aus dem benachbarten Ausland. Und planloses Herumbasteln an verschiedenen Vorsorgemodellen hat dazu geführt, dass sich heutige Regierungen sehr schwer damit tun, den Gedanken der Eigenvorsorge populär zu machen und mit hohen Prämien locken müssen. Klassisches Beispiel: Die Lebensversicherung. Sozialistische Finanzminister griffen hier in den vergangenen zwei Jahrzehnten bedenkenlos in laufende Verträge ein und verschlechterten deren Renditen rückwirkend.

Es blieb aber Finanzminister Karlheinz Grasser vorbehalten, das wahrscheinlich skurrilste Anlage- und Vorsorgeprodukt zu verantworten, das je in Europa erfunden wurde: Die Pensionsvorsorge neu mit 60prozentigem Anteil an österreichischen Aktien, die voraussichtlich schon unmittelbar nach den Wahlen repariert werden muss. Hier werden sich die Rahmenbedingungen möglicherweise bereits Monate nach dem Start ändern – die erste Aufgabe für eine neue Regierung, wie immer sie auch aussehen wird.

Damit rutscht der nächste Finanzminister fast automatisch in eine peinliche Situation, denn „am wichtigsten ist, dass eine Regierung für Kontinuität sorgt und eine positive Stimmung verbreitet“, umreißt Fritz Rau, Präsident der Europäischen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management und als solcher Sprecher einiger Tausend Analysten, die vorrangige Aufgabe einer Regierung, wenn es um Börse und Kapitalmarkt geht.

Dazu ist es notwendig, faire und transparente Rahmenbedingungen für die Börse zu definieren – beispielsweise bei Übernahmen. „Es ist eine Mindestanforderung, dass Kleinanleger bei Übernahmen nicht schlechter behandelt werden als die Großen“, konkretisiert Rau. Dafür sollte die nächste Regierung rasch sorgen – damit sich der Fall Jenbacher nicht bald wiederholt. Der börsennotierte Maschinenbauer wurde kürzlich von General Electric übernommen. Das Abfindungsangebot an die Kleinaktionäre lautet auf 17,43 Euro. Großaktionär Herbert Liaunig wurden dem Vernehmen nach rund 20,50 Euro pro Aktie geboten. So macht Börse noch Spaß.

„Der Staat soll aber nicht nur für faire Rahmenbedingungen sorgen sondern auch dafür, dass diese eingehalten werden“, meint der Finanzmarktexperte. Maßnahmen gegen den Insiderhandel und deren strenge Umsetzung sowie verbindliche Corporate-Governance-Regeln seien hier wichtig.

Auch die Rolle der früheren Verstaatlichten Industrie und deren Präsenz an der Börse wird die kommende Regierung überdenken müssen. Die volle Privatisierung von CA, Bank Austria und Austria Tabak führte dazu, dass wichtige und attraktive Unternehmen vom Börsezettel verschwanden und Gewinne sowie Dividenden jetzt ins Ausland fließen.

Dennoch bevorzugt Rau private Eigentümer: „Der Staat ist sicher der schlechtere Unternehmer“.

Grundsätzlich sei aber auch eine staatliche Präsenz an der Börse vorstellbar – allerdings nur unter einer Bedingung: „Wenn der Staat an einem notierten Unternehmen beteiligt ist, muss er sich an die Spielregeln halten, die für alle gelten. Die strategische Ausrichtung eines Unternehmens geschieht im Aufsichtsrat durch die bestellten Vertreter“. Damit spielt Rau

wohl auf die Vorgänge rund um die Ablöse Ron Sommers als Chef der deutschen Telekom an. Hier entstand der Anschein, als habe der deutsche Kanzler über den Aufsichtsrat hinweg in das Unternehmen hineinregiert. Personalentscheidungen im Umkreis der ÖIAG ließen bisher ebenfalls regelmäßig das Wirken politischer Einflüsse erkennen.

## KASTEN

Das sind die Aufgaben der neuen Regierung

- Was die Börse betrifft, so besteht die wichtigste Aufgabe einer Regierung darin, für eine positive Stimmung und gesicherte Rahmenbedingungen zu sorgen.
- Die Rechte der Kleinaktionäre müssen gestärkt werden. Vor allem dürfen Kleinanleger nicht gegenüber Großinvestoren benachteiligt bleiben: Bei Übernahmen sind gleiche Abfindungsangebote zu machen, bei einem Rückzug von der Börse sind die Abfindungsregeln zu verbessern. Dies ist gesetzlich zu verankern.
- Die Rahmenbedingungen für Geldanlage zu Vorsorgezwecken - Stichwort „Pensionsvorsorge Neu“ - müssen praxisnah und international üblichen Anlagegrundsätzen gemäß gestaltet werden.
- „Spielregeln“, die eine saubere Abwicklung der Börsengeschäfte garantieren sollen wie beispielsweise Insiderregeln müssen mit schärferen Methoden durchgesetzt werden.
- Bei börsennotierten Unternehmen mit staatlicher Beteiligung hat der Staat wie ein Privataktionär zu handeln und politische Interventionen zu unterlassen.